

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dinstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorjida in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Stille Expedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6spaltige
Colonne oder deren Raum 50 Pfg.
Reklamizeile 100 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 1.25 M. einjährl.
Drucklohn. Wegen Postbezug anderer
bei jedem Postamt.

Nr. 24

Dienstag den 24 Februar 1920.

Veröffentlichung
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

14. Jahrgang

Amtlicher Teil

Nr. 74.

Bekanntmachung.

Die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission beschließt zufolge ihres Artikels III der Verfügung Nr. 3a
1. Die „Straßburger Zeitung“ ab 20. Januar 1920 für acht Monate zu verbieten, desgleichen
2. Die „Prosjüre“, bezieht: „Wälsche Volkszeitung“, von Paul Wälsch, in Kallerslautern 1919 gedruckt, sowie für zwei Monate den „Vöcker Anzeiger“ zur Einfuhr zu verbieten.

Wiesbaden, den 10. Februar 1920.

Le Commandant de l'Armée,
Rechtsbevollmächtigter der Hohe Interalliierten Rheinlandkommission
für den Landkreis Wiesbaden.
J. C. Signe: Capitaine Baillet.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der höheren Behörde ist für die vorerwähnte
brennende Bevölkerung ab 9. Februar ds. Js. die Erhaltung
herabgesetzt.

Auf Grund des § 59 der Reichsgetreideordnung für die Ernte
1919 vom 18. Juni 1919 wird für den Landkreis Wiesbaden mit
Ausnahme der Stadt Biebrich das Gewicht und der Preis wie folgt
festgesetzt:

a) Bei Verwendung von 1350 Gramm Weizen für einen Maß
Kornbrot, gleichviel in welcher Form gebacken, im Gewicht von
1900 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Baden) auf
2.35 Mark.

b) Bei Verwendung von 675 Gramm Weizen für einen Maß
Kornbrot (Kornbrot) im Gewicht von 880 Gramm auf 1.30 M.
Zu a und b für einen Maß Weizen 74 ganze Brotkörner, zu b
für einen Maß Weizen 148 Stück Kornbrotkörner zurückzugeben.

Gleichzeitig genehmige ich hiermit, daß die Käufer im Land-
kreis Wiesbaden für das Teigmachen und Backen eines Brotes je
nach den örtlichen Verhältnissen von Selbstverforgern bis zu 65
Pfennig pro Maß erheben können.

Die Weizenpreise bleiben dieselben wie bisher. Für ein Pfund
Weizen, Art und Ausmahlung wie dieses von dem Kreisamt
jeweils an die Käufer geliefert wird, darf im Kleinverkauf nicht
mehr als 75 Pfennig pro Pfund erhoben werden.

Zusammenfassend werden nach § 80 der Reichsgetreide-
ordnung vom 18. Juni 1919 bestraft.

Mit dem gleichen Tage wird die Festsetzung vom 7. Januar
1920 II Kornst. 105 und vom 23. Oktober 1919 II Kornst. 3576
aufgehoben.

Wiesbaden, den 10. Februar 1920.

Kommis des Kreisamtes. Der Vorsitzende:
II Kornst. 909. J. B. Schmitt.

Nichtamtlicher Teil

Tages Rundschau.

Roske in Hamburg.

Hamburg, Reichswehrminister Roske kam von Bremen in
Hamburg an, begab sich nach dem Gewerkschaftshaus und sprach
dort in einer Versammlung der Betriebsräte und sozialdemokra-
tischer Parteimitglieder über politische Verhältnisse. Er mußte zu-
geben, daß die Erwartungen, die seine Parteifreunde in die Revo-
lution gesetzt hätten, durch die Tatsachen bitter enttäuscht worden
seien. Es bestehe ein latenter Kriegszustand an Stelle des erwarteten
Friedens. Deutschland sei trotz seiner freien Verfassung im
Inneren unfreier denn je, und auch die Regierung nehme immer
noch zu. Unter solchen unvorhergesehenen Umständen müsse die
Regierung anders handeln, als die Sozialdemokratie es sich gedacht
habe zu einer Zeit, da sie noch in der Opposition war. Der Minister
sagte weiter, es sei richtig, daß er ein sozialdemokratischer Wehr-
minister, mit einer noch nie dagewesenen Macht ausgerüstet, sei,
aber das entspreche den außergewöhnlichen Verhältnissen, an die
die Sozialdemokratische Partei früher nie gedacht habe. Die An-
stehende der Waffen werde noch lange anbauern, denn dem
Volke stünden noch viele Jahre bitterer Not bevor.
Umworren aber dürfe man erlauben, daß die linksradikalen
Spekulationen und Toren mit unfernen Wirtschaftslieben experi-
mentieren. Wenn zum Beispiel einige tausend Eisenbahner dem
deutschen Volke die Gurgel zuschnüren wollten, dann habe er als
Reichswehrminister keine Bedenken, diesen Beuten die Knochen zu
zerhacken. Nach dieser Kraftausdrück nahm der Minister die
Regierung gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie nicht genug soziali-
siere. Dabei wandte er sich gegen den achtstündigen Arbeitstag,
wie er tatsächlich vielfach noch heute gehandhabt werde, denn er
bestehe oft nur aus 2 bis 3 Stunden Arbeit. Auch gegen einen
sechstündigen Arbeitstag der Bergleute fand der Minister ent-
scheidende Worte, ebenso gegen die Stilllegung von Eisenbahnen und
andere Gemischnoten. Gegen alle solche Bestrebungen will er sich
mit größter Schärfe wehren, auf der anderen Seite aber auch für
eine Besserstellung der Arbeiter eintreten. Seit „Bormärts“ er-
hielt Roske noch, er werde am 1. April zum ersten Mal 15 000
oder 16 000 neue junge Leute einstellen. Da sollten die Partei-
genossen dafür sorgen, daß nicht mehr wieder bloß Söhne von
Gutsbesitzern und Kapitalisten kämen, sondern sie sollten auch ihre
Söhne hinschicken. Das Privileg der besitzenden Klassen auf die
Offiziersstellen werde er angreifen.

Ein englischer Physiologe über die Wirkung der Blockade.

Der Professor der Physiologie an der Londoner Universität,
Ernest H. Starling, hielt am 17. Februar vor der königlich statisti-
schen Gesellschaft in London einen Vortrag über die Ernäh-
rungsverhältnisse in Deutschland während des
Krieges. Nach dem „Daily Telegraph“ führte er aus:
Während der letzten beiden Kriegsjahre befand sich der größte
Teil der deutschen Bevölkerung im Zustand chronischen Ber-

hungerns. Im Winter 1916/17 war die Lage so schlimm, daß sie
beinahe den Zusammenbruch herbeiführte. Das Körpergewicht der
Bevölkerung verminderte sich unter der Hungersnot schnell. Im
Juni 1917 trat eine leichte Besserung ein, als es den Deutschen ge-
lang, sich das nützliche Getreide zu sichern. Zahlreiche Todes-
fälle erfolgten tatsächlich infolge langwierigen Hungerns. Da ein
sehr großer Teil der Bevölkerung seit 1916 bis 20 v. H. des
Körpergewichts eingebüßt hatte, ist es klar, daß ihr körperlicher Zu-
stand davon ernstlich in Mitleidenschaft gezogen war. Im Sommer
1919 waren die Nationen, zusammen mit den übrigen erhältlichen
Nahrungsmitteln, ausreichend, um die Bevölkerung auf ihrem ver-
minderten Körpergewicht zu erhalten, vorausgesetzt, daß die
Körperbeschaffenheit der Leute wieder durch Arbeit nach An-
forderung stark in Anspruch genommen wurde. Aber ihre Wider-
standskraft war auf einen niedrigen Stand herabgesunken, und es
war zu erwarten, daß sie einer Infektion leicht unterliegen wür-
den, namentlich den überall vorhandenen Bakterien der Tuberkulose
oder Lungenerkrankung. Von einer Stadt wie Berlin kann gesagt
werden, daß sich zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Niveau der
Lebenskraft befinden. Sie waren stark abgemagert, bewegten
sich langsam und waren stumpf und teilnahmslos. In Gefängnissen
und Asilen war Hungerdramen häufig. Die Tuberkuloseerkrankung
in Preußen hat sich um das Zweifelhafte gesteigert und ist nun
mehr als groß wie vor 40 Jahren. Die Sterblichkeit der Frauen ist
im Vergleich zu derjenigen der Männer besonders groß. Amtliche
Statistiken aus dem Deutschen Reich zeigen eine Erhöhung der Zahl
der Todesfälle für die Jahre 1915 bis 1918 um 700 000 im Vergleich
mit den auf Grund der Statistik der Kriegszeit zu erwartenden
Ziffern. Professor Starling führte weiter aus, daß, wie zu er-
warten war, drei Jahre einer in Bezug auf Art und Menge un-
regelmäßigen, schlechteren Nahrung, geschwächten und einseitigen
Nahrung einen merklichen Einfluß auf Lebensenergie und Tüchtig-
keit der großen Masse der künftigen Bevölkerung ausgeübt hätten
und schließlich zu jenem Seelenzustand führten, der alle weiteren
Versuche zum Angriff oder selbst zum Widerstand unmöglich machte.
Der Krieg schien nunmehr beendungslos. Die Leute dachten Tag
und Nacht nur mehr an die Ernährung. Der einzige Wunsch war,
daß der Krieg aufhören möge, damit Nahrungsmittel herbeikommen.
Man brauche nicht zu glauben, so leicht der Hunger zu beseitigen, daß die
Wirkungen nur vorübergehend sein würden. Viele Jahre mit reich-
licher Nahrungsmittelversorgung müßten vergehen, ehe der frühere
Stand der Ernährung und Gesundheit wieder hergestellt werden
könne, und auf etwa eine Generation hinaus ließe Deutschland nicht
in der Verfassung, daß man von ihm eine Bedrohung des euro-
päischen Friedens zu befürchten brauche.

Im London. Lord George sagte im Unterhaus: Auf die Bitte
der deutschen Kriegsverbrecher können auch die Namen einiger
Angehörigen vor, die sich gegenwärtig in den Händen der
Alliierten befinden. Ob diese vor einen alliierten Gerichtshof ge-
stellt würden, würde von der Antwort abhängen, die die deutsche
Regierung auf die Entenote erteilen würde.

Paris. Der Kriegsminister Devès hat am Mittwoch, wie
schon kurz mitgeteilt, vor dem Kammerauschuss für auswärtige
Angelegenheiten Erklärungen abgegeben über die Ausführung der
militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages durch Deutsch-
land. Nach dem „Matin“ hat sich der Kriegsminister eingehend
und in allgemeiner Form über die Lage des deutschen Heeres aus-
gesprochen. Deutschland habe die Verpflichtungen, die ihm der
Vertrag auferlege, zu umgehen. Er glaube, je früher es sein
vermöge, desto mehr werde es leicht sein, die politischen und wirt-
schaftlichen Forderungen des Vertrags nicht anzuwenden. Deutsch-
land habe auch, soviel wie möglich, die alten Heeres im Dienst zu
behalten. So seien in der Reichswehr 300 000 Mann eingestellt,
während es im Lagerbild nur 200 000 Mann sein dürften. Es
habe Freiwillige aus und stelle außerordentlich zu stehende
Kadetten der Sicherheitspolizei auf, es erwarte seine Einwohner-
wehr zu einer Nationalgarde, die sich aus Männern zusammen-
setze, die den Krieg mitgemacht hätten, also aus Kriegerern, die
bereit seien, in die Sicherheitspolizei einzutreten. Devès er-
klärte, daß die Verbündeten mit Unschlüssigkeit auf das Verschieben
aller deutschen militärischen Kräfte, die nicht im Friedensver-
trag vorgeordnet seien, drängen müßten. Diese Aufgabe sei sehr
heikel, denn die Deutschen seien Meister in der Verkleidungskunst.
Der Kriegsminister meinte, es werde auch kleines Kriegsmaterial
verborgen. Deutschland führe fort, heute das anzuwenden, was
vor 113 Jahren Preußen nach Viena angewandt habe. Er ver-
langte zum Schluss, daß der Artikel 211 des Vertrags rasch ange-
nommen und Deutschland so vollständig und so rasch wie möglich
entwaffnet werde.

Reichs-, bayerische und württembergische Post.

my Berlin, 21. Februar. Nach den zwischen der
Reichs-, bayerischen und württembergischen Post getroffenen vorläufigen Vereinbarun-
gen, die nach der Genehmigung der verfassungsmäßigen Instanzen
unterliegen, soll die württembergische Post- und Telegraphen-
verwaltung gegen eine Vergütung von 200 Millionen Mark, die
bayerische Post- und Telegraphenverwaltung gegen eine solche von
620 Millionen Mark, die das Reich auf den freistat Württemberg
bezugs. Bayern zahlt auf das Reich übergeben. Mit dem Zeitpunkt
des Überganges am 1. April 1920 soll in München eine Abteilung
des Reichspostministeriums errichtet werden, deren Wiederher-
stellung einer vorherigen Verständigung der verfassungsmäßigen In-
stanzungen unterliegt. Diese Abteilung wird vom Reichsminister
mit besonderen Befugnissen für den inneren bayerischen Verkehr
ausgestattet. Die gleichen Befugnisse werden der in Stuttgart für
den freistat Württemberg zu errichtenden Oberpostdirektion für
den inneren württembergischen Verkehr zugewiesen.

Der „Temps“ über die Frage der Wiedergutmachung.

my Paris, 21. Februar. Der „Temps“ beschäftigt sich in
einem Artikel mit der Frage der Wiedergutmachung und er-
wähnt die Anstrengung, die der Reichsfiskus in der Aus-
führung unternommen habe, um die Verlängerung der Arbeitszeit
zu erreichen. Doch diese Frage sei gestellt, sei an und für sich
kein großer Fortschritt. Denn vor einigen Wochen sprach man
nicht von einer Verlängerung der Arbeitszeit, sondern von deren
Verlängerung. Die deutschen Minister, die im Ruhrgebiet waren,
hätten ungeachtet erlangt, was sie wollten. Das sieht jetzt ja-
um bezug zu werden, hat Frankreich nötig, daß Deutschland
produziert. Frankreich hat ein umso dringenderes Bedürfnis dazu,
als eine indirekte finanzielle Wiedergutmachung besteht, weil, wenn

es sich darum handelt, die Wiedergutmachungen zu bezahlen, der
französische Finanzminister verpflichtet ist, den Bankier Deutsch-
lands zu spielen. Aber nicht nur um Frankreich zu entschädigen,
müssen die Deutschen produzieren, sie arbeiten vor allem, um
sich selbst wieder in die Höhe zu bringen. Wenn sie nicht diese Hoff-
nung hätten, dann müßte man anerkennen, daß ihnen der Antrieb
hierzu fehlen würde. Je größere Anstrengungen sie machten, um
die Schuld gegen Frankreich abzutragen, desto mehr würden sie
gefährdete Konkurrenten werden. Aber was soll man tun? Hier-
gegen gebe es nur ein Mittel: Auch die Franzosen müßten mehr
arbeiten, nur unter dieser Bedingung könne sich Frankreich, wie
Präsident Deschanel sagte, die Früchte seiner heroischen Opfer
sichern.

Ueber die geldliche und soziale Wirkung der neuen Steuererlässe

geben die nachstehenden Ausführungen, die wir der „S. T.“ ent-
nehmen, einen wertvollen Aufschluß.

In dem zur Beratung der Nationalversammlung stehenden
Reichseinkommensteuergesetz ist der soziale Grundgedanke der stärkeren
Belastung der stärkeren Schichten, also der steigenden Steuer-
zahlung mit steigender Leistungsfähigkeit durchgeleitet, freilich
bis zur äußersten Geringfügigkeit.

Der Steueranstoß hat die Steuerfreiheit gegenüber
dem Regierungsentwurf bedeutend erweitert, hat 1000 Mk. steuer-
freien Einkommen bei 2000 Mark gesetzt und für jede unter-
steuertungsrechtliche Person 500 Mark Steuerfreiheit an Stelle von
300 Mark des Entwurfs befestigt. So ist ein Familienvater
mit Frau und sechs Kindern beispielsweise bis zu einem Einkom-
men von 5500 Mark einkommensteuerefrei; er zahlt nur von dem
diesem Betrag übersteigenden Teil seines Einkommens den nach
dem Steuerfuß sich ergebenden Steuerbetrag, für jedes weitere
Kind bleiben weitere 500 Mark steuerfrei. Das ist ein sehr weites
Entgegenkommen gegenüber den minderbemittelten Volksklassen
und eine Begünstigung der kinderreichen Familien, die allerdings
für den Mittelstand, dessen Nachwuchs die Klasse der Eltern viel
länger belastet, nicht ausreicht. Die entstehenden großen Ausfälle
werden naturgemäß die Steuerzahler mit hohen Einkommen zu
zahlen haben.

Die Steuerbeträge der Reichseinkommensteuer ge-
mäß dem Struktur der Berechnung sind wie folgt:

Steuer- betrag Eink.	Steuer- fuß Eink.	Steuer- betrag Eink.	Steuer- fuß Eink.	Steuer- betrag Eink.	Steuer- fuß Eink.
1000	10	100	50 000	35	13 600
2000	11	210	55 000	37	15 450
3000	12	360	60 000	38	17 350
4000	13	490	65 000	39	19 300
5000	14	600	70 000	40	21 300
6000	15	750	75 000	41	23 350
7000	16	910	80 000	42	25 450
8000	17	1 080	85 000	43	27 600
9000	18	1 260	90 000	44	29 800
10 000	19	1 450	100 000	45	32 050
11 000	20	1 650	110 000	46	34 350
12 000	21	1 860	120 000	47	36 700
13 000	22	2 080	130 000	48	39 100
14 000	23	2 310	140 000	49	41 550
15 000	24	2 550	150 000	50	44 050
16 000	25	2 800	160 000	51	46 600
17 000	26	3 060	170 000	52	49 200
18 000	27	3 330	180 000	53	51 850
19 000	28	3 610	190 000	54	54 550
20 000	29	3 900	200 000	55	57 300
21 000	30	4 200	210 000	56	60 100
22 000	31	4 510	220 000	57	62 950
23 000	32	4 830	230 000	58	65 850
24 000	33	5 160	240 000	59	68 800
25 000	34	5 500	250 000	60	71 800
26 000	35	5 850	260 000	61	74 850
27 000	36	6 210	270 000	62	77 950
28 000	37	6 580	280 000	63	81 100
29 000	38	6 960	290 000	64	84 300
30 000	39	7 350	300 000	65	87 550
31 000	40	7 750	310 000	66	90 850
32 000	41	8 160	320 000	67	94 200
33 000	42	8 580	330 000	68	97 600
34 000	43	9 010	340 000	69	101 050
35 000	44	9 450	350 000	70	104 550
36 000	45	9 900	360 000	71	108 100
37 000	46	10 360	370 000	72	111 700
38 000	47	10 830	380 000	73	115 350
39 000	48	11 310	390 000	74	119 050
40 000	49	11 800	400 000	75	122 800

Durch Einführung der Reichseinkommensteuer kommen die
höheren Staats- und Gemeindefunktionäre in den Wegfall.
Das Reich wird den Rändern (Einzelstaaten) und den Gemeinden
ihre Steueranteile zuwenden, jedoch findet im ganzen eine be-
deutende Erhöhung der Gesamteinkommensteuer, besonders der hohen
und höchsten Einkommen statt. Dazu kommt die Kapital-
ertragssteuer in Höhe von 10 bis 20 Prozent von allen
Einkünften aus Kapitalvermögen, also von dem, was der Steuer-
zahler in einem arbeitsreichen Leben durch Tätigkeit und Tat-
kraft erworben und erpart hat, bezw. was ihm von dem durch
seine Bürger Erparten vererbt worden war.

Ferner werden sich dazu die jährlichen Abtragungen und
Vergütungen auf das Reichsnote, welche in der Praxis
den Jahreserlösen in den meisten Fällen gedeckt werden
müssen und daher als eine laufende Steuererhöhung in der Wir-
tschaft sich fühlbar machen. Das Reichsnote steigt mit 5000
Mark Vermögen beginnend, von 10 bis auf 65 Prozent Ver-
mögensabgabe. Nur sehr wenige werden in der Lage und geneigt
sein, diese hohen Summen jährlich oder zum größten Teil von
vornherein auszusparen, besonders nicht diejenigen, deren Ver-
mögen in landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitz oder in indu-
striellen Unternehmungen angesetzt ist, denn eine Stilllegung
derselben im Inland wäre in gut wie unmöglich.

Die Reichsnoteprämie in Gestalt einer 6½ prozentigen
jährlichen Tilgungsrente stellt bei den armen Vermögern
sehr hohe Jahresbeträge dar, beispielsweise bei 500 000 Mk. Ver-
mögen 32 500 Mark jährlich, bei 1 Million 65 000 Mark
jährlich, bei 10 Millionen 652 000 Mark jährlich, bei 100 Millionen
6 500 000 Mark jährlich und dies 28 Jahre lang.

Schließlich soll der Steuerzahler von dem, was er für das
Lebensunterhalt alljährlich nicht verbraucht, also von dem, was er
offenbar für Kinder und alte Tage zurücklegen könnte, noch eine
Ergänzungsteuer in Höhe von 1 bis 10 Prozent — von
1000 Mark Erparnis an mit 1000 Mark um 1 Proz. aufwärts
gesteigert bis 10 Prozent — des Erparnis entrichten. Und wenn
jemand mehr als 15 000 bis 20 000 Mark jährlich verbraucht, so
müssen von dem außerordentlichen Verbrauch von den ersten
10 000 Mark 3 Prozent (steigend bis 10 000 Mark um weitere
3 Prozent bis 30 Prozent entrichtet werden.

Das deutsche Volk muß, wie man sieht, „schwer hanteln“. Der
alljährliche Steuerbedarf des Reiches in der jährliehen Höhe von

von 100 Prozent auf 437,5 Prozent, die mürkischen Kriegsausgaben von 2.844.884 Mark auf 12.750.000 Mark gestiegen, neben dem Wasserpreis, welche seit dem Kriegsausbruch um 55 auf 85 Pf. der Gaspreise, die von 16 Pf. auf 105 Pf., und den Lichtstrompreisen, die von 60 Pf. auf 175 Pf. bezw. den Kraftstrompreisen, die von 15 auf 90 Pf. in die Höhe gingen. Der Umsatz nach dem Haushalteplan, welcher im Frieden rund 20 Millionen betrug, wird sich im laufenden Jahre auf rund 47 Millionen erhöhen. In diesem Betrage kommt noch der Umsatz der Lebensgenusswirtschaft mit 4 Millionen, so daß der Gesamtumsatz 141 Millionen beträgt. Den unbedeutenden Mitgliedern des Magistrats wurden Hausbesitzschädigungen in Höhe von 1000 Mark für das Jahr 1917 bewilligt, zu deren Annahme alle Beteiligten verpflichtet sind. Der Wasserpreis wurden von 39 auf 55 Pf., die Gaspreise von 55 Pf. auf 105 Pf., die Licht-Elektrizitätspreise von 110 auf 175 Pf. und die Kraftpreise von 50 auf 90 Pf. erhöht. Auch die Fahrt- und Tageskarten für den Besuch des Kurhauses sowie die Versorgungslage der ersten und zweiten Klasse im Kurhaus, nicht minder die Bäderpreise erfahren eine nicht unerhebliche Steigerung. Die Vergütung für den Ausschussmehrerl an der Fortbildungsschule, der Handwerker- und der Kunstgewerbeschule der Handels- und der höheren Handelsschule wurden von 3 Mark auf 4 Mark bezw. 3 Mark heraufgesetzt. Für den Pflichtunterricht wie auch für den freiwilligen Unterricht der kaufmännischen Fortbildungsschule wird in der Folge ein Schulgeld von 30 Mark erhoben. Auch die Lehrgangsschüler sollten nach einem Maßstabsantrage von 6 Pf. für 3 Mark auf 10 Pf. für eine Mark in die Höhe gesetzt werden. Zu einem einschlägigen Beschluß über alles noch nicht entschieden wurde die Beschlusseinstellung an den Magistrat zurückverwiesen. Die Mitglieder der kleineren Fraktion der Unabhängigen hatten einen Antrag vorgelegt, nach dem an den Ma-

... das Erfinden zu räumen sei, daß er in Sinne einer vollständigen Autonomie der Städte in allen inneren Angelegenheiten, der Mitbestimmung an der Verwaltung des Grund und Bodens zum Zwecke der Erhaltung der Bevölkerung, der Erhaltung von Elb und Elbarme in der Regierung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer und im Sinne der Entlastung der Gemeinden von den Lasten, die auf die Gestaltung der kommenden Städteordnung einwirken. Dieser Antrag wurde jedoch einstimmig abgelehnt, unter Annahme eines Antrages der demokratischen Fraktion, nach dem an den Magistrat das Erfinden gerichtet wird, er möge im Verein mit anderen Städten den Versuch machen, auf die Wahrung der Interessen der Gemeinden bei der kommenden Städteordnung hinzuwirken.

fr. Französisches Polizeigericht Wiesbaden. Stadt und Land. Weil die Preise an den von ihnen zum Verkauf gestellten Waren nicht angebracht hätten, verließen fünf hiesige Einwohner in der Nacht vom 18. bis 19. März, einer aus Frankfurt in eine solche von 35 Mark, je einer aus Wiesbaden und Koblenz je 25 Mark. — Gegen einen Offizier der Besatzungstruppen hatte der P. A. von hier an dem Richter Reiche einen Antrag gestellt, die Strafe von 10 Mark Geldstrafe auf 20 Mark zu erhöhen. — Der P. A. von hier an dem Richter Reiche einen Antrag gestellt, die Strafe von 10 Mark Geldstrafe auf 20 Mark zu erhöhen. — Der P. A. von hier an dem Richter Reiche einen Antrag gestellt, die Strafe von 10 Mark Geldstrafe auf 20 Mark zu erhöhen.

we. Samstag nachmittag verunglückte an einer Kurve der oberen Plattenstraße ein Arbeiter dadurch, daß er die Gewalt über seinen Thier mit zwei beladenen Handwagen verlor und dieser die steile Böschung hinabstürzte, wobei der Kram unter den Wagen zu liegen kam. Er erlitt außer einem Armbrochen schwere innere Verletzungen und mußte durch die Sanitätskommission ins Krankenhaus gebracht werden. — In einem Hause an der Wörthstraße ließ sich ein Mann, George beim Spielen mit dem Revolver eines im Hause befindlichen Soldaten durch die Hand. — In der Nacht zum 18. d. Mts. wurden aus der Freiheitsstraße des Westviertels mehrere Einbruchsdiebstahl mit Waren für das Lebensmittelamt erbrochen und daraus 28. Sack weisse Bohnen sowie 100 Kilogramm Weizenmehl gestohlen. — Am 19. d. Mts. wurde in der Wörthstraße ein Auto (Opel-Wagen), welches dort an demselben Tag vor einem Hotel stand, gestohlen. Auf die Wiederherstellung ist eine Bezahlung von 1000 Mark ausgesetzt.

we. Schwere Verletzungen hat sich ein Angehöriger eines Wiesbadener Geschüßes zugezogen kommen lassen. Er hat Anzeichen einer Gehirnerschütterung, Stenkel gebrochen und erhebliche Verletzungen, die er an den Schultern erlitten hat, ist er schwer verletzt. Bei einer Untersuchung wurde festgestellt, daß er an den Schultern erlitten hat, ist er schwer verletzt. Bei einer Untersuchung wurde festgestellt, daß er an den Schultern erlitten hat, ist er schwer verletzt.

— Die der „Raff. Ztg.“ aus Wiesbaden gedruckte wird, nach in den letzten Wochen wiederum eine ganze Anzahl Artikel in die Hände von Ausländern durch Kauf übergegangen. So wurden die Hefen der „Raff. Ztg.“ und „Wiesbadener“, je eine für 1 1/2 Millionen Mark, verkauft, das „Raff. Ztg.“ für 3 1/2 Millionen Mark, der „Wiesbadener“ für 1 1/2 Millionen Mark an ein Konsortium. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Wägen und Geschüßteilen an Ausländer verkauft, so an einen Spanier allein 10 Wägen u. s. w.

— Kaiserliche Landeshauptmann. Kammerlingin Frau Martha Kessler, aus Lande wurde gelegentlich ihres Aufenthaltes am Hofe der Kaiserin Königinin Schenke zum Ehrenmitglied der normal Königinin Schenke zu Berlin und Wiesbaden ernannt.

Schlesien. In besonderer Sitzung des Gemeinderats und der Gemeindeverwaltung wurde in Anwesenheit der Gemeindevorstände am 20. Februar durch Herrn Rendant Schütz die Einführung des neu gewählten Bürgermeisters, künftigen Kreisverwalters Kessels. Der Herr Rendant hob hervor, daß Herr Kessels von seinen Wählern nicht aus parteipolitischen Gründen aufgestellt worden ist, sondern die Gemeinde erhält einen Bürgermeister, der, wie Herr Kessels, von allen Parteien, in seiner bisherigen Stellung sich vorzüglich bewährt habe. Wenn wir heute unter deutschem Heterland betrachten, so müssen alle Parteifreigewählten aus den Gemeindevorständen verbannt werden. Er hoffe, daß alle, auch die, welche dem neuen Bürgermeister ihre Stimme nicht gegeben haben, ihm ihre Vertrauen entgegenbringen, er werde es lohnen. Er wird sich auch das Vertrauen der Bedienten verdienen müssen, und durch rechte Amtsführung wird er sich die moralische Autorität, die zur Führung des Amtes erforderlich ist, erwerben. Herr Bürgermeister Kessels dankte für die sehr herzlichen Worte und versicherte, daß er seine Gemeindevorstände in der letzten Sitzung gegebenen Versicherungen. Herr Kreisverwalter Kessels dankte für die sehr herzlichen Worte und versicherte, daß er seine Gemeindevorstände in der letzten Sitzung gegebenen Versicherungen.

Frankfurt. Einem Goldhändler, welcher die Polizei im Kasse Goldschmidt, einem in Werte von 400 000 Mark ab. Das Goldschmidt sollte verschoben werden. — Einbrecher überfielen in der Wörthstraße einen Herrn im eigenen Haus, betäubten ihn und plünderten dann dessen Wohnung aus. — Hier wurde ein Offizier der Besatzungstruppen, der bei einer Währungsreform eine von Jahresfrist gestohlene Verleumdung des Fürsten zu Wiesbaden verkaufen wollte.

— Der Frankfurter Verkehrsverein ersucht erneut die Eisenbahndirektion, um Abänderung der Wohnwagen als Schlafwagen als Sanitätswagen bereitzustellen.

Frankfurt. Stürzender Kampf mit Säbeldern. Bei der Festnahme zweier Kollisionsverursacher im Kasse Kessels, Hohenbergstr. 11, kam es am Samstag mit den Polizeibeamten zu einem schweren Kampf, in dessen Verlauf der 17-jährige Dreher Otto Stolle aus Kesselschuld einem Beamten den Revolver entzog und damit fünf Schüsse auf den Angreifer abgab. Hierbei wurde der Hilfskommissar Eddart durch drei Kugeln in Kopf, Schulter und Bein tödlich und der Beamte Kessels durch einen Schuss in die Schulter schwer verletzt. Stolle wurde schließlich von den anwesenden Gassen übermüdet und festgenommen. Der zweite Schieber entkam in den Tübel. Der Täter leugnet trotz der erheblichen Beweismittel mit unauflöslicher Frechheit die Tat. Das Koll. etwa 10 Mio. zusammen mit den Hohenbergstr. 11.

Hagenburg. Ein Großfeuer richtete im hiesigen Schloss, das gegenwärtig mit Reichswehrtruppen und der Reichswehr belegt ist, erheblichen Schaden an. Die Reichswehr konnten nur das noch Beden retten. Bei dem Brandstiftung der Möbel aus dem gestohlenen Schlosstüren kam ein großer Teil durch Diebstahl abhandeln.

Königsberg. Das Schöffengericht verurteilte zwei blasse Führer, unter denen der beim Verkauf von Schmuck übermäßigen Gewinn erzielt hatten, zu je 10 000 Mark Geldstrafe und einem Monat Gefängnis. Es erliefen ferner auf Einziehung des übermäßigen Gewinns je Höhe von je 12 000 Mark und verurteilte die Verleumdung von 19. September 1914.

— Vom Rhein und Moselgebiet. Die für die Wasserbeschädigten drückenden Gelder sind bis jetzt nur in ganz geringen Beträgen zur Auszahlung gekommen. Eine genaue Berechnung derselben konnte bisher schon nicht erfolgen, da die mit der Abklärung der Schäden beauftragten Kommissionen noch nicht überall ihre Arbeiten beendet haben. So viel läßt sich indes schon feststellen, daß die zur Verteilung verfügbaren Summen der weitaus nicht zum Ausgleich der enormen Verheerungen ausreichen, die das Hochwasser anrichtete. In vielen Fällen werden neben der staatlichen Hilfe auch die Kommunen für die schwer heimgekehrten Bürger einstreiten müssen. Ueber die Höhe der Schäden kann man sich ein annäherndes Bild machen, wenn man bedenkt, daß beispielsweise der Schaden für Kreuznach allein auf über 3 Millionen Mark veranschlagt ist.

Münster-Kursverfall. „Das du Rhin“ vom Donnerstag meldet über den Markt, wie er durch die Banque Nationale de Credit mitgeteilt wird: 100 franz. Franken 602 bis 604 Mark, 100 belg. Franken 720 bis 725 Mark, 1 Pfund Sterling 336 bis 337 Mark, New York 99 1/2 bis 99 3/4 Mark, 100 holl. Gulden 3685 bis 3695 Mark, 100 Schweizer Franken 1605 bis 1610 Mark, 100 ital. Lire 535 bis 540 Mark.

Münster, 20. Februar. Am Geldmarkt war Mangel, da die Zufuhren geringe sind und Nachfrage groß. Ebenso sind sämtliche Futtermittel sehr, aber wenig angeboten. Mehl war verhältnismäßig und billiger im Preis, dagegen sind sämtliche andere Getreidearten, wie Roggen, Gerste, Hafer und Sauerbrot nach wie vor fest. Die Preise war sehr gut besucht zumal der heutige Markt mit der ordentlichen Haupternte zusammenfiel.

— Aus Lebensüberdruß ist sich hier ein Mann die Augen ausgetrieben. Es fand Aufnahme im Krankenhaus. — In Bremen wurde ein 17-jähriges Mädchen betagt, daß es ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Es gibt an, daß es auf dem Heimweg zwei Männern begegnet sei, die ihm Geldstücke schenkten, auf deren Veranlassung es die Freiheit verlor.

Bermischtes.

Sperre der Oberlehreranstalten? Der Verein akademischer gebildeter Lehrer von Frankfurt a. M. hat einstimmig die Forderung erhoben, daß die zuständigen Behörden, um weiterer Ueberfüllung im Oberlehrerberuf vorzubeugen, eine Berufssperre verhängen. Allen Studierenden der Schulfachwissenschaften, die an einem von den Behörden zu bestimmenden, nachfolgenden Zeitpunkt das 4. Semester noch nicht vollendet haben, soll die Zulassung zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen verweigert werden. Die Ueberfüllung im Oberlehrerberuf ist jetzt so groß, daß die Bewerber mit einer durchschnittlichen 12 bis 13-jährigen Wartzeit nach dem Staatsexamen rechnen müssen.

Wegen Verkauf seiner Kriegsanleihe unmittelbar an das Reich wandte sich ein Wiesbadener Bewohner aus besonderen Gründen an das Reichsfinanzministerium. In seinem Schreiben bat er den Minister, die Anleihe für ihn zum Zeichnungskurs zu übernehmen, da er durch den Verkauf zum jeweiligen Tageskurs einen beträchtlichen Verlust erleiden würde. Daraufhin erhielt der Geschädigte vom Reichsfinanzminister folgendes Schreiben, das wir, da es von allgemeinem Interesse ist, veröffentlichen: „Am dem Kurse der Kriegsanleihe eine Stütze zu bieten, hat das Reich gemeinsam mit der Reichsbank unter erheblicher finanzieller Beteiligung die unter der Leitung der Reichsbank stehende Reichsanleihe-Gesellschaft ins Leben gerufen. Darüber hinausgehen und Kriegsanleihe auch nur ausnahmsweise zum Nennwert oder zum Zeichnungskurs reichsweit aufkaufen zu lassen, bin ich angesichts der ungeheuren Kosten, die uns durch den ungründlichen Anstieg des Kurses auferlegt sind, und mit Rücksicht auf die unabweisbaren Bedürfnisse, die alsdann von allen Seiten erfolgen würden, auch bei voller Würdigung der von Ihnen geschilderten Umstände zu meinem Bedauern außerstande.“

m. Berlin, 21. Februar. In einer Versammlung des Bundes „Freies Vaterland“, in der von Gerschlag zur Auslieferung der Soldaten wollte, kam es zu schweren Schlägereien. Eine Anzahl anwesender Militärpersonen, die angeblich den Soldaten-Truppen angehören, beteiligten sich daran. Es wurde Deutschland, Deutschland über alles gesungen. Bei der Schlägerei soll, wie es heißt, von Gerschlag schwer verletzt worden sein.

m. Berlin, 21. Februar. Die Vorfälle bei der Versammlung des Bundes „Freies Vaterland“ werden noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Unter den Festgenommenen, die sämtlich zur Marinebrigade 3 gehören, befinden sich 7 Offiziere. Herr v. Gerschlag ist übrigens nicht so schwer verletzt, als zuerst angenommen wurde.

In einer Ausführung über die Wiederaufnahme der Kriegsanleihe bezieht sich in der „Deutschen Allg. Ztg.“: Es muß als ganz selbstverständlich erachtet werden, daß die Anleihe sich nicht, nicht nur diejenigen Deutschen, die sie innerhalb der deutschen Gebiete in ihre Hand bekommen hat, ebenfalls vor den deutschen Gerichten zur Verantwortung zu ziehen, sondern es muß ferner darauf hingewirkt werden, daß auch gegen die von den alliierten Gerichten abgeurteilten Deutschen unter Annulierung des früheren Urteils ein neues Verfahren bei dem Reichsgericht eröffnet wird.

Die Lübecker Fischerei ist vom Reichswehrkreise II gestern als lebenswichtiger Betrieb erklärt worden. Die beiden Gesellschaften der Lübecker Fischerei-Gesellschaft wurden wegen Preisverhörs verhaftet. Die Trammänner gaben, wie berichtet wird, den Kampf auf.

Im besetzten Gebiet ist, wie der „Vorwärts“ berichtet, die Abhaltung von Viehmärkten und der außerordentliche An- und Verkauf von einzelnen Stücken verboten worden.

Die Grippe. In Dortmund sind am Donnerstag 42 Personen an der Grippe gestorben. Dies ist die höchste Sterbeziffer an einem Tage. In den letzten 2 Wochen forderte die Grippe über 285 Opfer. — Remscheid. Wegen der stark zunehmenden Grippeverbreitung, die vielfach tödlich verläuft, hat die Polizeiverwaltung heute die Schließung der Gastwirtschaften angeordnet. — Kiel. Nach Berechnung der hiesigen Ortskrankenkasse sind in den letzten Tagen hier täglich 600 Neuerkrankungen an Grippe zu verzeichnen gewesen.

Buntes Allerlei.

m. Berlin, 21. Februar. Der Berliner „Totalanzeiger“ meldet aus Magdeburg: Hier sind in der letzten Woche 27 Todesfälle an Grippe festgestellt worden. Die Erkrankungen an dieser Epidemie sind noch im Zunehmen begriffen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Lützen: Da die Fischdampfergesellschaft als lebenswichtiger Betrieb Kohlen erhalten, ist die gesamte Fischdampferflotte bis auf drei Dampfer wieder ausgefahren.

Washington. Der bekannte Forschungsreisende Peary ist gestorben. Robert Peary, amerikanischer Marineoffizier und Polarforscher, ist der betagte Commander des Nordpols, der sich seinerzeit um diese wüstenhafte Gegend mit seinem Landsmann Cook freit, bis dieser dann als Schmelzer entlarvt wurde.

Neueste Nachrichten.

m. Berlin, 22. Februar. Die „Vol. Parl.achr.“ bringen einen Auszug aus dem neuen preussischen Verfassung. Das Wahlrecht zum Bundtag hat danach jeder in Preußen wohnende deutsche Reichsbürger über 21 Jahre. Während der Vertagung des Bundtages währt ein händiger Auszug dessen Rechte. Die Reglementperiode dauert vier Jahre. Ein besonderer Finanzrat als Senat muß zustimmen, wenn über Vorschläge der Staatsregierung hinaus Steuern, Anleihen oder ungedeckte Ausgaben vom Bundtag bewilligt werden. Die Befugnisse des früheren Senats erhält das Staatsministerium. Drei seiner Mitglieder üben das landesherrliche Regiment aus bis zum Erlasse eines besonderen Gesetzes darüber. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben grundsätzlich Selbstverwaltung. Die wahlberechtigten Rechte der Staatsbeamten werden aufrechterhalten.

m. Berlin, 23. Februar. Morgenblätter. Im „Vorwärts“ wird ausgeführt, daß auch in den breitesten Kreisen des Mittelstandes durch die fortgesetzte wirtschaftliche Erschlüpfung bis in die tiefsten Tiefen die nackte Not durchgedrungen sei. Es zeugt, sagt das Blatt, von einer großen eisernen Mangel, daß diese Schloren des Hungers noch den Mut und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft behalten und mit rührender Anspannung der letzten Kräfte ehrlich wieder hochzukommen suchen.

Die sächsische Regierung verlangt, laut „Totalanzeiger“, für die Abrechnung der sächsischen Eisenbahnen an das Reich 2 Milliarden Mark.

King London, 22. Februar. Der deutsche Geschäftsträger in London hat gestern dem Minister des Auswärtigen Reichs Baron, mit dem er eine halbe Stunde lang beriet, Vertrauensbriefe überreicht.

King Paris, 23. Februar. Der Korrespondent des „Matin“ in Berlin hat den Justizminister und Vizeminister Schiffer interviewt, der ihm erklärte, daß die heutige Regierung entschlossen sei, in dem Döner-Prozess, der in Leipzig begonnen wird, keinen Schuldigen ungestraft zu lassen. Schiffer habe indessen hinzugefügt, daß es wichtig sei, zu unterscheiden zwischen Verbrechen, die aus militärischen und politischen Gründen geschahen, also reinen Kriegsverbrechen, auch wenn sie sich gegen das Leben richteten, und anderen. Wir dürfen auch nicht von Untergebenen als schuldig erachtet, der nur einen Befehl ausführte, von dem er nicht wußte, daß die damit verbundene Handlung nach dem bürgerlichen und militärischen Gesetzbuch als Verbrechen bezeichnet wird. Es handelt sich hier um allgemeine Rechtsgrundsätze, die alle Völker betreffen.

Erzbergers Steuererklärungen.

m. Berlin, 22. Februar. Einzelne Blätter bringen Auszüge aus einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“, worin behauptet wird, Erzberger habe in seinen Steuererklärungen nicht die wahre Höhe seines Einkommens angegeben. Die „Hamburger Nachrichten“ stellen weitere Angaben über die Einkommen Erzbergers in Aussicht.

Zu der Behauptung, Erzberger habe bei seinen Steuererklärungen eine bedeutliche Steuermoral an den Tag gelegt, hat das Politische Bureau aus dem Reichsfinanzministerium auf eine, wie B. S. meldet, dorthin gerichtete Anfrage folgenden Bescheid erhalten:

„Der persönliche Kampf gegen den Reichsfinanzminister nimmt immer mehr Formen an, die die völlige Verwilderung aller Moralbegriffe in erschreckender Weise offenbaren. So ist das kaum Glaubliche möglich geworden, daß die Veranlagungsakten des Reichsfinanzministers aus dem Finanzamt Charlottenburg entfernt und fotografiert wurden, um als Anlagen zu Pamphleten gegen den Reichsfinanzminister verwendet zu werden. Wenn die Urheber dieses schamlosen Streiches und die an ihm Beteiligten glauben, auf diese Weise eine wirksame Waffe in die Hand bekommen zu haben, um den verhassten politischen Gegner zur Strecke zu bringen, so werden sie sich darin täuschen. Der Reichsfinanzminister wird es mit Fug und Recht ablehnen dürfen, über seine privaten Einkommensverhältnisse und seine steuerlichen Angelegenheiten sich in der Öffentlichkeit mit seinen Gegnern auseinanderzusetzen. Im übrigen kann nur gesagt werden, daß die Steuerbehörde ohne jede Beeinflussung durch den Reichsfinanzminister dessen Behauptungen prüfen werden. Hiesigerseits erfolgt und das Ergebnis der Beweisaufnahme auch vom steuerlichen Standpunkt prüfen wird. Das Ergebnis dieser Prüfung wird der Reichsfinanzminister mit ruhigem Gemüthe abwarten. Andererseits werden auch im Interesse eines jeden Steuerzahlers allerhöchste Maßnahmen gegen unbefugte Offenlegung und Benützung von Steuerakten getroffen sein.“

Die Friedensfrage mit Rußland.

m. Berlin, 22. Februar. Die „Deutsche Zeitung“ teilt in ihrer heutigen Ausgabe mit, der neuernannte Berliner Vertreter der Sozialregierung, Wladimir Kopp, habe von seiner Regierung Auftrag, mit Deutschland über den Frieden zu verhandeln. Das russische Friedensangebot liegt bereits vor. Diese Angaben entbehren nach Mitteilung von zuständigen Stellen jeder Begründung. Ebenso unmaßig ist die weitere Mitteilung der „Deutschen Zeitung“, sie habe im Ausdrücken Amt erfahren, daß im März allgemeine politische Botschaften der europäischen Großmächte mit Sozialregierung stattfinden würden und daß man deutscherseits sich diesen Verhandlungen anschließen werde. Demgegenüber ist festzustellen, daß sich Deutschland mit Rußland seit dem Vertrag von Brest-Litowsk im Friedenszustand befindet. Art. 116 des Brest-Litowsk-Vertrages, der den Brest-Litowsk-Vertrag für nichtig erklärt, hat an der Tatsache dieses Friedenszustandes nichts geändert.

Die Not der deutschen Zeitungen.

m. Weimar, 22. Februar. Die heute hier folgende allgemeine deutsche Zeitungsvereinsversammlung nahm nach eingehender Aussprache über die schwere wirtschaftliche Krise, in der sich die deutsche Presse befindet, einstimmig folgende Entschlüsse an: Die deutschen Zeitungen stehen vor einer Katastrophe. Die völlige Unfähigkeit der Papierindustrie, die ungeheure Preiserhöhung des Druckpapiers, der Materialien, der Maschinen, Löhne und Gehälter und die Unmöglichkeit, auch nur einen annähernden Ausgleich der bereits bis zur Bruchgrenze drückenden Belastung der Zeitungen zu erreichen, führt heute in Weimar die Herausgeber der deutschen Zeitungen aus allen Teilen des Reiches zusammen. Die Aussprache ergab, daß eine große Anzahl deutscher Zeitungen, darunter Blätter von historischer Bedeutung, nur durch Notkredite vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, und daß ohne Sicherstellung des Zeitungsdruckpapiers zu noch erträglichen Preisen der Zeitpunkt abzusehen ist, an dem die überwältigende Mehrzahl der deutschen Zeitungen ihr Erscheinen einstellen muß. Die Reichsregierung ist sich anscheinend der Wirkung einer Katastrophe noch gar nicht voll bewußt. Es handelt sich um die Existenz einer Einrichtung, ohne deren Fortbestehen und Aufrechterhaltung die Wirtschaft und Ordnung in Deutschland den allerschwersten Gefahren ausgesetzt sein wird und ein Wiederaufbau unmöglich ist. Der „Vorwärts“ die Zeitung mit ihrer wirtschaftlichen Vermittlung, mit ihrem Einfluß auf das Inn- und Ausland, vermindert ihre Aufklärungsarbeit und ihre Ermüdung in Deutschlands schwerster Zeit, dann treten die Flugblätter aller zerstörenden Kräfte von innen und außen an ihre Stelle. Die deutschen Zeitungen wollen keine Lebensgaben für sich, sondern sie wollen mehr, aber sie haben das wahlverlorene Recht, im öffentlichen Interesse zu verlangen, daß die Existenzgrundlage der Zeitungen sichergestellt wird vor einer sie vernichtenden Wirtschaft, die durch die grenzenlosen Spekulationen und Schiebereien auf dem Weltmarkt hauptsächlich die Rohstoffe für das Zeitungspapier verteuert, daß das Papier für die übergroße Mehrzahl der deutschen Zeitungen unerschwinglich wird. Daran ändert nichts, wenn einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Mehrzahl der Zeitungen und die bedrohte Struktur der deutschen Zeitungen aus besonderen Gründen Papier zu jedem Preis zu erlangen suchen. Es geht hier nicht um die Privatinteressen einzelner Verleger, sondern um ein oder Nichtsein der deutschen Presse und die Freiheit und Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung. In letzter Stunde richten die deutschen Zeitungsvereine die dringende Mahnung an die Reichsregierung, die Regierung der einzelnen Länder und die Nationalversammlung, im allgemeinen Interesse das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch die Sicherstellung einer ausreichenden Menge von Papierholz zu mäßigen Preisen und dadurch Zeitungsdruckpapier. Beseitigt dieser Notstand ungehört, zögern die Regierungen, dann wird der Zusammenbruch der deutschen Presse mit allen seinen Folgen unermeldlich.

Vereins- und Familien-Drucksachen

Neueste schneidemaschine in sauberer Ausführung

Buchdruckerei Guido Zeidler, Biebrich
Rathhausstraße 16 — Fernruf 41

